

#digitallinks

10 Punkte für eine digitale Agenda der LINKEN

Von Katja Kipping, Julia Schramm, Anke Domscheit-Berg, Petra Sitte und Martin Delius

*„Die Heimat der Linken war immer die Zukunft und sie gilt es zurückzuerobern.“
(Nick Srnicek und Alex Williams 2016)*

Digitalisierung und Industrie 4.0 bedeuten grundlegende Veränderungen. Die Art, wie wir leben und arbeiten, wie wir uns bewegen und wie wir kommunizieren, hat sich bereits entscheidend verändert – und wir erleben gerade erst die Anfänge dieses Prozesses. Die Digitalisierung bringt den eingespielten Lauf der Dinge durcheinander: Das macht die Verhältnisse beweglich – und von links politisierbar.

Sie eröffnet Chancen für eine demokratische wie solidarische Gestaltung von Produktion und Verteilung. Denn die Digitalisierung ist mehr als nur eine weitere Stufe der technischen Entwicklung. Sie öffnet damit auch den politischen Raum, um über grundsätzliche Fragen nachzudenken: Wie wollen wir leben? Wie können wir den übermächtigen Konzernen etwas entgegensetzen? Wie können wir die Technik nutzen, um die Gesellschaft für alle besser zu machen? Wie lassen sich hart erkämpfte Standards und soziale Rechte erhalten und ausbauen? Wie kann verhindert werden, dass Erwerbstätige einseitig durch die Folgen der Veränderungen am Arbeitsmarkt belastet werden? Wie müssen die Solidarsysteme verändert werden? Und nicht zuletzt die große Frage: Wie kann der Kapitalismus durch ein solidarisches und kooperatives Wirtschaftssystem ersetzt werden? Wir wollen diesen Fragen mit einer optimistischen Haltung begegnen. Denn die Geschichte ist eine Geschichte sozialer Kämpfe, von Kämpfen um mehr Gerechtigkeit und für ein besseres Leben für alle.

Bisher haben wir jedoch sehen müssen, dass die Digitalisierung sicher geglaubte Errungenschaften untergräbt. So werden unter dem

Banner der “Flexibilisierung” in der Arbeitswelt Rechte abgebaut, Löhne gekürzt, der Zwang zur Erreichbarkeit ausgeweitet und die Freizeit eingeschränkt. Für viele bedeutet das bisher vor allem mehr Druck, mehr Stress und den drohenden Verlust der eigenen Existenzgrundlage.

Zugleich hat die analoge und digitale Vernetzung eine Welt von Möglichkeiten und Zugängen geschaffen. In unserer Gesellschaft kann immer mehr mit immer weniger Aufwand produziert werden. Grenzübergreifende Verbindungen und faszinierende technische Möglichkeiten sind unhintergebar und stellen die Menschen vor eine Fülle neuer Chancen und Veränderungen. Doch die Potentiale der Vernetzung werden von der Fixierung auf Kapital und Profite systematisch an ihrer Entfaltung und ihrer Nutzung im Interesse der Vielen gehindert – es wird höchste Zeit, das zu ändern. Das kann uns nur im Vorwärtsgang gelingen. Denn ein Zurück in die „guten alten Zeiten“ nationaler Sozialstaaten kann es nicht geben. Und das ist auch gar nicht so schlimm. Denn diese alten Zeiten basierten ökonomisch auf standardisiertem Massenkonsum, ökologisch auf nicht vertretbarem Wachstum, kulturell auf der Kleinfamilie und klaren Geschlechterrollen, politisch auf Bürokratie, nationaler Abschottung, neokolonialer Ausbeutung, der Systemkonkurrenz mit dem real existierenden Sozialismus und Wettrüsten. Dahin können und wollen wir nicht zurück.

Zugleich bringt uns aber ein blinder Technikoptimismus nicht weiter. Denn die Widersprüche des Kapitalismus lassen sich nicht

allein mittels besserer Technologie in Richtung eines grünen, demokratischen, nachhaltigen und gerechten Wirtschaftssystems aufheben.

Technik ist nie neutral. Sie ist Ausdruck der Gesellschaft, in der sie erfunden und genutzt wird – und sie trägt ihre Widersprüche in sich. Die Dialektik der Digitalisierung liegt im Kapitalismus darin, dass die technischen Potentiale in soziale Zumutungen umschlagen, wenn sich an den politischen Verhältnissen nichts ändert. Aus der Möglichkeit, weniger zu arbeiten und mehr zu leben, wird eine Drohung mit Massenerwerbslosigkeit und Prekarisierung. Aus möglicher Flexibilität und Freiheit, wird Erreichbarkeitswahn und Burnoutzwang. Aus der Perspektive einer ökologischen wie intelligenten Produktion wird im neoliberalen Kapitalismus ein Problem aus steigendem Ressourcenverbrauch und Kriegen um Konfliktrohstoffe für Handy-Akkus.

Dabei zeigt gerade die Digitalisierung sehr deutlich, wie abstrus der Kapitalismus inzwischen funktioniert: Im Gegensatz zu einem Apfel, der nur einmal gegessen werden kann, gibt es bei digitalen Gütern keine physische Begrenzung. Doch im Kapitalismus sind Nutzungsausschlüsse gewollt, damit Profit gemacht werden kann – selbst wenn die Allgemeinheit dafür schon längst bezahlt hat. Das bezieht sich nicht mehr nur auf Filme und Bücher.

Doch durch die kapitalistische Logik geht ein Riss, den wir nutzen können, um zu zeigen, dass künstliche Verknappung zu Lasten der Allgemeinheit geht und nur wenige davon profitieren. Die Technologie gibt uns die Möglichkeit, physische Hürden zu überwinden und Ressourcen und Güter kooperativ zu bewirtschaften. Erstmals gibt es damit die Chance, eine Gesellschaft zu gestalten, in der es keinen „natürlichen Mangel“ mehr gibt. Und so wird die künstliche Verknappung als das sichtbar, was sie ist. Ein kapitalistischer Mechanismus, der einer Minderheit grenzenlosen Wohlstand auf Kosten der Allgemeinheit sichern soll. Das ist die Einsicht, von der wir ausgehen müssen,

um die Verhältnisse von links in Frage zu stellen und für die Zukunft zu öffnen.

1. Kooperation statt Konkurrenz: Ökonomie des Gemeinsamen

Kapitalismus basiert auf Konkurrenz. Er entzieht sich damit selbst immer wieder die eigene Grundlage, blockiert seine eigenen Potentiale und schadet damit am Ende den Vielen zu Gunsten von Wenigen. Aber: wir können es anders, wir können es besser – wir können es gemeinsam machen. Kooperation ist dabei keine moralische Frage, sondern vielmehr ein ökonomisches Prinzip, ohne das es einen wesentlichen Teil des digitalen Fortschrittes gar nicht geben würde. Die krampfhaften Versuche von Regierungen und Unternehmen, die produktiven Netzwerke der digitalen Kommunikation und des Wissens durch Patente und Copy Right-Verfahren profitfähig zu machen, scheitern nicht nur immer wieder an der Kreativität der Menschen und dem Cyberpunk der Internetcommunity. Sie untergraben auch die Innovationskraft der digitalen Ökonomie selbst, die wesentlich auf freier Zugänglichkeit des Netzes, Unabhängigkeit seiner Infrastruktur und der Entwicklungsfähigkeit seiner Architektur basiert. Ohne Patentfreiheit für Software, offene Lizenzierungen, offene Standards und Protokolle sowie öffentliche Investitionen würde es das heutige Internet nicht geben.

Die Produktivität des Gemeinsamen reicht längst auch in die analoge Welt hinein. Tatsächlich beruhen wesentliche Bereiche unserer Daseinsvorsorge auf dem Prinzip der Kooperation und des Netzwerks. Die effiziente Produktion und Verteilung von Gütern sind gerade keine besonderen Eigenschaften der Marktwirtschaft.

Die Wirtschaftswissenschaftlerin Elinor Ostrom kam daher schon vor einiger Zeit zu dem Ergebnis, dass für eine nachhaltige Bewirtschaftung von Gemeingütern (Commons) in vielen Fällen eine gemeinsame demokratische Kooperation der Betroffenen sowohl staatlicher Kontrolle als auch privatem Eigentum überlegen ist – und sie erhielt 2009 für ihre Arbeit

über eine Ökonomie jenseits von Markt und Staat den Nobelpreis. Daraus ergibt sich die Perspektive einer Ausweitung von Gemeingütern, anstatt einer restlosen Kommerzialisierung der Welt. Hier können wir ansetzen.

Während die linke Utopie des 20. Jahrhunderts vor allem auf der Lohnarbeit basierte, kann die linke Utopie des 21. Jahrhunderts verstärkt auf der Produktivität des Gemeinsamen aufbauen.

Die Veränderungen finden bereits direkt vor unseren Augen statt. Es ist daher wirklich Zeit, über den Tellerrand der industriellen Exportorientierung zu schauen. Allein die stark von Digitalisierung geprägte Kreativwirtschaft ist ein riesiger Sektor. Schon 2014 wurde hier von 249.000 Unternehmen mit über einer Million Erwerbstätigen ein Umsatz in Höhe von 146 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das heißt, die Kreativwirtschaft ist mit ihrer Bruttowertschöpfung bereits zwischen Automobilindustrie und Chemischer Industrie anzusiedeln. Bei der Digitalisierung geht es zugleich um weit mehr als Smartphones und Facebook, nämlich um die Verbindung von Automatisierung der Produktion mit der wirtschaftlichen Nutzung von „Netzwerkeffekten“ – also der Zunahme der Produktivität eines Dienstes mit steigender Nutzer*innenzahl. Inzwischen sind 3,43 Milliarden Menschen, also gut 50 Prozent der Weltbevölkerung vernetzt. Daraus folgen schon heute Ansätze einer Share Economy („Ökonomie des Gemeinsamen“) und enorme Produktivitätsfortschritte, die kürzere Arbeits- und längere Lebenszeiten, eine ökologischere Produktion und insgesamt ein besseres Leben für alle möglich machen. Uns geht es um eine öffentlich organisierte Infrastruktur, die es ermöglicht, dass sich die Keimzellen einer neuen Ökonomie des Gemeinsamen entwickeln und zugleich alle Menschen daran teilhaben können.

Eine politische Ökonomie des Gemeinsamen aufzubauen, ist dabei nicht nur programmatisch ein anspruchsvolles Ziel. Aber die Chancen sind es wert: Denn die Digitalisierung eröffnet die Möglichkeit einer solidarischen Ökonomie, die die Dominanz kapitalistischer Logik brechen kann. Das wollen wir nutzen!

2. Gute Arbeit, nicht ständig Arbeit

Kapitalismus basiert auf der Verwertung menschlicher Arbeitskraft. Mit der Rationalisierung und Digitalisierung entzieht er sich selbst die Grundlage. Egal welcher Studie man glaubt: Millionen Arbeitsplätze in Deutschland sind gefährdet; sozialversicherungspflichtige wie geringfügig Beschäftigte werden von Robotern und Software ersetzt – und das betrifft auch den Dienstleistungssektor. Im globalen Maßstab ist das Problem noch gravierender.

Zwar ersetzte damals auch der dampfbetriebene Webstuhl massenweise Arbeitsplätze und schuf seinerseits neue Jobs. Historisch einmalig ist an der digitalen Revolution gegenüber anderen technischen Revolutionen jedoch die Geschwindigkeit, mit der Arbeitsplätze wegfallen, ohne gleichermaßen durch neue Arbeitsplätze ersetzt zu werden. Die Jobs, die u.a. in der Computer- und Roboterbranche entstehen, können die Jobvernichtung keineswegs kompensieren. Wer heute noch behauptet, dass die Erwerbslosigkeit einfach durch mehr Qualifizierung beseitigt werden kann, der lügt. Das Ergebnis einer Digitalisierung unter heutigen Bedingungen würde einer realen Dystopie gleichen: *Elend für die zahlreichen „Überflüssigen“ einer neuen Dienstbotenklasse und für die glücklichen Wenigen ein abgeschottetes Paradies*. Es ist daher ein ganz schlechter Witz, wenn sich FDP und CDU nun „Vollbeschäftigung“ versprechen und behaupten, sie wären der „Anwalt der neuen Möglichkeiten der Digitalisierung“. Sie sind ihr Albtraum.

Und dieser Albtraum zeigt sich schon jetzt im beruflichen Alltag vieler Menschen. Mit dem Schlagwort „Flexibilisierung“ versucht die Arbeitgeberseite, die hart erkämpften Rechte der Erwerbstätigen auszuhöhlen. Verlängerte und entgrenzte Arbeitszeiten durch ewige Erreichbarkeit sind de facto Lohnkürzungen.

Was wir brauchen, ist mehr Zeitwohlstand für alle, damit die Früchte der digitalen Revolution allen zugutekommen. Das heißt nicht zuletzt: Wir müssen über radikale Arbeitszeitverkürzung reden. 30 Stunden die Woche sind genug. Alle arbeiten weniger, damit bezahlte Arbeit

besser verteilt wird. Digitalisierung und Automatisierung rollen uns für dieses Projekt den roten Teppich aus. Denn wenn der technische Fortschritt es möglich macht, immer weniger in immer kürzerer Zeit zu produzieren, sollten die Menschen auch immer weniger arbeiten müssen. Punkt. Konkret heißt das:

- das Recht auf individuelle situative befristete Teilzeit und eine kurze Vollzeit, die um die 30-Stunden-Woche kreist
- das Recht auf mindestens zwei Sabbaticals (Auszeiten) im Laufe des Erwerbslebens – und zwar für alle Lohngruppen, nicht nur im akademischen Bereich. Solche Auszeiten sind ein gutes Mittel zur Prävention von stressbedingten Krankheiten und für Weiterbildung/Qualifizierung bzw. zur Neuorientierung.
- Das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit und einen echten Feierabend.
- Das Recht auf Weiterbildung. Weiterbildungen, z.B. im Bereich der Digitalisierung, müssen ein Recht sein und sind keine Privatbeschäftigung.

Immer mehr Menschen arbeiten zudem in Bereichen, die von gewerkschaftlichen Strukturen komplett abgehängt sind: So genannte Click- und Crowdworker*innen. Aber auch die Fahrer*innen von Liefer- und Zustelldiensten tragen derzeit am radikalsten die Konsequenzen der digitalen Gesellschaft. Der Ausbau gewerkschaftlicher Vertretung in diesen Bereichen muss deswegen massiv unterstützt werden. Unser Ziel ist klar: Die Arbeit 4.0 braucht auch die Mittel für Arbeitskämpfe 4.0. Außerdem gilt: Es braucht eine Sozialbeitragspflicht für Plattformen, die Dienstleistungen vermitteln, wenn Plattformanbieter, Auftraggeber oder Auftragnehmer in Europa sitzen.

Durch den Wandel der Arbeitswelt braucht es auch neue soziale Garantien. Stichworte sind hier: solidarische Bürger*innenversicherung, Sanktionsfreiheit und bedingungsloses Grundeinkommen. Im Mittelpunkt muss stehen: ein gutes Leben und Zeitsouveränität für alle. Denn

solange es in dieser Gesellschaft um Profitmaximierung und nicht um den gesellschaftlichen Nutzen von Tätigkeiten geht, solange es Sieger*innen und Verlierer*innen in der Konkurrenz geben muss, solange werden Menschen aussortiert werden.

Gleichzeitig werden soziale Bereiche unterversorgt. Besonders dramatisch ist die Entwicklung im Pflegebereich – einem Berufsstand, der in den letzten Jahrzehnten rücksichtslos ausgeblutet wurde, was das unterbesetzte Personal auszubaden hat. Abgesehen vom Kampf gegen den eklatanten Personalnotstand, eröffnet die Digitalisierung viele Chancen: Verbesserte Technik, wissenschaftlicher Fortschritt und innovative Entwicklungen können im Bereich Gesundheit und Pflege massive Verbesserungen für Pfleger*innen und Pflegebedürftige herbeiführen. Solange aber die Gesundheitsversorgung immer weiter privatisiert und Profitinteressen unterstellt wird, bedeutet die Digitalisierung keine Verbesserung für diejenigen, die sie am meisten brauchen: Kranke und Alte, und auch nicht für diejenigen, die sich um diese Menschen kümmern.

Die Digitalisierung wird, wenn wir sie sinnvoll gestalten, zu Entlastung, einem höheren Grad an Selbstbestimmung, zu mehr Arbeitsqualität und mehr Lebensqualität für alle Menschen führen. Aber dafür müssen wir kämpfen. Denn *freiwillig* wurden den Menschen ihre Rechte noch nie von den Mächtigen gegeben.

3. Emanzipation 4.0

Wirtschaftliche Veränderungen waren stets damit verbunden, dass auch die Formen des Konsums, der Sorgearbeit und der Lebensführung umgewälzt und neu gefasst wurden. Wir erleben derzeit in kurzer Zeit viele kulturelle Veränderungen, die insbesondere für Frauen und Minderheiten in der Gesellschaft Chancen der Emanzipation bieten. Die Stellung von Frauen und Minderheiten sagt viel über den Zustand einer Gesellschaft aus. Es ist insofern bezeichnend, dass in Deutschland immer noch viele Frauen in prekären Lebenssituationen stecken, in prekären Bereichen arbeiten und als Alleinerziehende unter besonderem zeit-

lichem sowie materiellem Druck stehen. Noch immer tragen Frauen den Großteil der Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Konkret leisten sie in diesem Bereich doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie Männer, während die besonders gut bezahlten und einflussreichen Posten in Wirtschaft, Politik und Medien immer noch überproportional in Männerhand sind. Eine nachhaltige Emanzipation muss bei dieser ungerechten Verteilung der Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern ansetzen. Gerade jene Berufe, in denen immer noch mehrheitlich Frauen arbeiten – wie in den Sozial- und Pflegeberufen – müssen aufgewertet und gestärkt werden.

Auch können wir sehen, wie männlich die Digitalisierung ist und die damit verbundenen Berufe. Es braucht mehr Geschlechtervielfalt in den so genannten MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Barrieren für Frauen sind auch dort systematisch abzubauen und Stereotypisierung von bestimmten Tätigkeiten und Kompetenzen ist entgegenzuwirken.

Zur Emanzipation 4.0 gehört auch, dass sich Menschen zusammenschließen und politisch für ihre Rechte zu kämpfen. Die digitale Vernetzung der Menschen ermöglicht das wie niemals zuvor in der Geschichte. Die Demokratisierung der Öffentlichkeit macht politisches Handeln und die Inklusion verschiedener Menschen in dieses Handeln möglich.

Generell erleichtert die Digitalisierung auch eine Vernetzung und Organisierung derer, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Für Menschen mit Behinderungen bietet die Digitalisierung Möglichkeiten, sich mit Hilfe neuer Techniken besser einzubringen. Diskriminierung kann sichtbar gemacht werden, Barrieren können überwunden werden. So zeigt die auf Openstreet-Map basierende Weltkarte wheelmap.org die Barrierefreiheit vieler Orte an, vom Café bis zur Behörde. Sie wurde von den Sozialhelden entwickelt, zu denen viele Menschen mit Behinderungen gehören. Die Inhalte werden über die Crowd gesammelt, sie erleichtern die Orientierung und erzeugen Druck, alle öffentlichen Orte barrierefrei zu machen. Die

Digitalisierung bietet einen Raum für Themen, die oftmals nicht öffentlich und breit diskutiert werden: Sexualisierte Gewalt und Alltagssexismus, Rassismus und Hass auf Homosexuelle, aggressive Abwertung von Armut. Damit diesen Ansätzen einer alternativen Gegenöffentlichkeit auch wirklich politisches Handeln entspringt, braucht es Infrastruktur in Form von zivilgesellschaftlicher Unterstützung und Zugang zu Bildung und Kultur. Doch gerade marginalisierte Gruppen sind oftmals ökonomisch so unter Druck, dass ihnen politisches Engagement kaum möglich gemacht wird. An dieser Stelle beißt sich die Katze in den Schwanz. Dabei ist antirassistisches Engagement beispielsweise extrem wichtig in Zeiten, in denen es täglich rassistische Übergriffe gibt. Der Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Glauben, sexueller Orientierung, körperlicher Merkmale bzw. Einschränkungen muss analog wie digital konsequent geführt werden.

Digitale Proteste in den Sozialen Medien wie beispielsweise #aufschrei - gegen sexualisierte Gewalt und Alltagssexismus zeigen, welche Schlagkraft organisierte und vernetzte Menschen entwickeln können, wie die bestehenden Verhältnisse unter Druck gesetzt und Veränderungen aktiv eingefordert werden können. Das ist für uns Linke eine große Chance, aber es bedeutet auch, dass der Zugang zum Internet für alle ermöglicht werden muss – barrierefrei, kostenlos und überall.

4. Mitbestimmen, verändern, verbessern

Digitalisierung braucht Demokratisierung. Und zwar in allen Bereichen. Die Technik bietet mittlerweile die Möglichkeit, große Gruppen und entsprechende Debatten und Auseinandersetzungen zu organisieren. Natürlich ist Demokratie ohne soziale Gerechtigkeit nur ein Schatten ihrer selbst, aber die Digitalisierung ermöglicht ein Demokratie-Update über die bisherigen Grenzen hinaus. Heute können sich mehr Stimmen artikulieren und dazu beitragen, die Gesellschaft sozialer und demokratischer zu machen. Doch auch das geschieht nicht auto-

matisch. Denn Mitbestimmung und Demokratisierung müssen politisch gewollt sein, um den Vielen zugutekommen zu können.

Am Beispiel der Mitbestimmung in Betrieben lässt sich das gut veranschaulichen: Zwar werden zunehmend Programme und Software eingesetzt, um betriebliche Mitbestimmung zu organisieren. Doch darf es dabei nicht um die Verwaltung des Mangels oder die Wahl des kleineren Übels gehen – oder darum, den Personalmangel auf ein ohnehin knapp bemessenes Personal abzuwälzen.

Demokratisierung und Mitbestimmung bedeuten außerdem weit mehr als betriebliche Mitbestimmung. Dass über die Hälfte der Weltbevölkerung vernetzt ist, bedeutet ein großes Potential für mehr Mitbestimmung und Demokratisierung – auf nationaler wie internationaler Ebene. Dafür braucht es jedoch Zugang und Transparenz in Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Open Government und Transparenz sind wichtige Instrumente, um die Rechte der Bürger*innen zu stärken. Denn nur wer weiß, was ist, kann auch etwas ändern.

Zugleich geht es um Mitbestimmung in der Politik. Das betrifft die große Politik ebenso wie die Politik in den Gemeinden und Kommunen. Dabei ist ein Delegationssystem, das die technischen Möglichkeiten nutzt, zwar zu begrüßen. Da es aber kaum zumutbar ist, eine Art digitales Dauerplenum zu errichten, ist hier auch weiter nach neuen Wegen der Beteiligung zu suchen und sind vielfältige Formen der Beteiligung auszuprobieren. Ergänzend braucht es umfassende Regelungen, wie ein Transparenzgesetz, das u.a. umfassende Informationsfreiheitsrechte enthalten muss. Informationszugang auf Augenhöhe ist eine notwendige Basis für mehr direkte Bürgerbeteiligung.

Je mehr Prozesse digitalisiert werden, desto mehr Entscheidungen finden über in Software umgesetzte Algorithmen statt. So berechnen Google, Facebook und Co. über Algorithmen, was wir selbst noch nicht wissen und zeigen uns im Internet die Dinge, die wir sehen sollen oder dürfen. Es braucht Wege, diese Form der

Machtausübung zumindest bei Entscheidungen mit schwerwiegenden Konsequenzen einer demokratischen Kontrolle zu unterstellen. Dabei greift die populäre Forderung, solche Entscheidungen müssten “am Ende” von einem Menschen getroffen werden, zu kurz, wenn diese Entscheidungen durch schwer durchschaubare algorithmische Verfahren vorbereitet werden. Entscheidend ist es, Formen der Transparenz zu finden, die Verfahren für die Betroffenen verständlich machen und gegebenenfalls informierte Korrekturen ermöglichen. Insbesondere bei Verfahren, die auf maschinellem Lernen basieren, bedeutet das auch eine Transparenz der Datenbasis. Hier muss angesetzt werden, um zu vermeiden, dass in Algorithmen menschliche Vorurteile reproduziert werden.

Je mehr in sensiblen Bereichen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, digitalisiert wird, desto mehr Resonanz hat der Ausspruch „Code ist Gesetz“. Dort eingesetzte Software muss durch ihre Anwender*innen überprüf- und modifizierbar sein – also Open Source.

5. Datenpolitik? Ja, bitte.

Unter dem Stichwort „Dateneigentum“ werden in letzter Zeit Forderungen laut, Daten eine Rechtsordnung überzuhelfen, die es erlaubt, sie wie Eigentum zu behandeln. Derartigen Rechten an Daten und Informationen – wie wir sie etwa beim Leistungsschutzrecht für Presseverlage und beim Schutzrecht für Datenbanken schon beobachten können – muss eine klare Absage erteilt werden. Wir wollen echte Datensouveränität, und, dass die Menschen Hoheit über ihre Privatsphäre haben. Machbar wäre das: z.B. durch

- einfache AGBs,
- durch AGBs, die nur Zugang zu Daten verlangen dürfen, die für die Funktionalität eines Dienstes auch erforderlich sind,
- eine Pflicht zu offenen Programmierschnittstellen (APIs) und offenen technischen Standards sowie

- das Recht auf „Mitnahme“ der eigenen „Sozialen Daten und Beziehungen“ von einem sozialen Netzwerk zu einem anderen.

In den letzten Jahren ließ sich der Mechanismus des Kapitalismus anhand der Beschränkung der digitalen Commons gut beobachten: *Die künstliche Verknappung bei digitalen Gütern ist zwingend notwendig für die Profitinteressen, geht aber zwangsläufig zu Lasten der Allgemeinheit.* Dass ausgerechnet das Privateigentum die Voraussetzung produktiver Nutzung sei, wird nicht nur durch genossenschaftliches Eigentum von Banken (wie der GLS) bis zu Zeitungen (wie der TAZ) wiederlegt. Gerade bei digitalen Gütern offenbart sich die Logik der Warenförmigkeit als besonders grotesk. Entscheidend ist jedoch, welche Daten entstehen, wer in welcher Form Zugang erhält und wem ihre Nutzung am Ende zugutekommt. Menschen müssen in Erfahrung bringen können, welche Daten über sie wo und wie und warum gespeichert wurden und werden.

Darüber hinaus bietet sich hier die Chance, ganz grundsätzlich darüber nachzudenken, ob und wie Eigentumsformen jenseits von Markt und Staat ausgeweitet werden können. Das bedeutet zum einen, gezielt Genossenschaften als Eigentumsformen zu stärken und insgesamt das Nachdenken über andere Formen von Eigentum und Wirtschaften zu fördern. Zum anderen sind bereits heute jede Menge Formen digitaler Kooperation möglich, wie z.B. Wikipedia zeigt – unabhängig davon, wem die Netze gehören. Allerdings können kollektiv produzierte Güter und neue Formen demokratischer digitaler Kooperation sich deutlich besser entfalten, wenn die Kommunikationsinfrastruktur nicht in den Händen kommerzieller Anbieter bleibt, sondern öffentlich organisiert wird. So sollten Glasfasernetze zum Beispiel Teil der kommunalen Daseinsvorsorge werden.

6. Digitale Revolution braucht Soziale Revolution

Um die Digitalisierung von links zu gestalten, braucht es politische Steuerung, d.h. Regulie-

rung und Umverteilung. Regulierung muss dafür sorgen, dass auch in der digitalen Wirtschaft, Monopole und ihr Machtmissbrauch verhindert werden. Regulierung muss auch dafür sorgen, dass unsere Privatsphäre geschützt ist und Grundrechte verteidigt werden. Über Regulierung können wir Diensteanbieter besser in die Pflicht nehmen und Verbraucherschutz im Digitalen stärken. Es sollte jedoch keine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung geben, denn AGBs ersetzen keinen Rechtsstaat. Der Rechtsstaat soll und muss vor Willkür schützen, denn nur er ist demokratisch legitimiert. Die AGBs von Unternehmen sind dafür ungeeignet. Darüber hinaus müssen die Gewinne der Digitalisierung umverteilt werden. Auch deshalb setzen wir auf europäische und globale Regulierungen. Instrumente wie die Vermögenssteuer, die Reichensteuer und die Erbschaftssteuer ermöglichen eine ordentliche Umverteilung des immensen gesellschaftlichen (digitalen) Reichtums.

Es braucht neben dieser Umverteilung aber auch eine Absicherung gleicher Chancen im Internet. Dafür spielt auch die Netzneutralität eine zentrale Rolle, denn sie verhindert Wettbewerbsverzerrung und Ungleichbehandlung. Der Deal zwischen Spotify und T-Mobile ist ein Beispiel für die Verletzung der Neutralitätsprinzipien und eine Folge der Ausnutzung der Marktmacht eines Großkonzerns. Die Entstehung eines Mehrklassensystems wollen wir unterbinden und in Folge rückgängig machen.

Eine Ökonomie des Gemeinsamen setzt eine soziale Infrastruktur voraus, die überhaupt möglich macht, dass alle Menschen das digitale Freiheitsversprechen auch einlösen können. Es gilt daher Sozialpolitik im digitalen Zeitalter völlig neu zu denken. Ohne einen Sozialstaat 4.0 wird es eine digitale Demokratie nicht geben können. Konkret bedeutet das erstens, eine Lösung für die soziale Absicherung der inzwischen über zwei Millionen Soloselbstständigen, die meist unter prekären Bedingungen über die Runden kommen müssen. Mindesthonorare könnten hier ein erster Schritt sein. Zweitens, eine solidarische Bürger*innenver-

sicherung für alle und drittens, das Bedingungslose Grundeinkommen als Demokratiepauschale und Schutz gegen die um sich greifende Existenzangst.

7. Für eine Open Source-Infrastruktur – überall & für alle

Nicht nur bei Armut- und Erwerbslosenquoten fällt das Land auseinander. Das gilt auch für die digitale Infrastruktur. *Das Setzen auf private Investitionen, wenn es um Breitbandausbau geht, ist naiv – die Konzerne haben zu wenig Interesse, in ländlichen Regionen zu investieren.* Das gilt im Digitalen genauso wie für den Öffentlichen Nahverkehr. Die Privatisierungen der letzten Jahrzehnte führten zu einem Verfall der Infrastruktur – denn sobald kein Profit mehr erzielt werden kann, überlassen die Privaten die ausgequetschte Infrastruktur ihrem Schicksal. Hinzu kommt, dass die Privatisierung von notwendiger Versorgungsinfrastruktur, wie Strom und Wasser, die Menschen den Konzernen schutzlos ausliefert. Es braucht also eine digitale Ordnungspolitik, die intelligente Netzwerke in Energieversorgung, Verkehr und Gesundheitswesen vor weiterer Privatisierung schützt und öffentlich organisierte Infrastruktur ausbaut. *Wir wollen Infrastruktur als Schnittstelle zum guten Leben begreifen, zu der alle Zugang haben.* Das bedeutet auch die Notwendigkeit eines Investitionsprogramms für gute Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Mobilität, Energieversorgung und freie Internetzugänge für alle. Zudem engagieren wir uns für einen entgeltfreien ÖPNV. Markt und Wettbewerb haben in der Bildung, in der Altenpflege, im Erziehungs- und Gesundheitswesen, in der Ver- und Entsorgung, im ÖPNV, usw. nichts verloren.

Die Digitalisierung ist gerade für ländliche Gebiete eine Chance: Ländlicher Raum kann durch die Digitalisierung besser an die urbanen Zentren angebunden werden. Es kann auch vom Land aus gearbeitet werden. Die Menschen sind nicht zwingend auf eine Arbeit in der Stadt angewiesen. Das ist derzeit jedoch viel zu selten Realität. Mehr noch: Häufig werden die Unterschiede zwischen Stadt und

Land größer, was wesentlich am fehlenden Ausbau der Infrastruktur liegt.

Grundsätzlich ist die Digitalisierung auch eine ökologische Chance für die effizientere Verteilung von Strom, Wasser und Heizkosten – nicht nur durch sehr genaue Messmöglichkeiten. Vielmehr birgt die preiswerte Erzeugung von Strom und Wärme durch Solaranlagen und die Peer-to-Peer-Teilung von Energie untereinander die Möglichkeit, an den Konzernen vorbei eine unabhängige und demokratische Energieversorgung aufzubauen. Ansätze dafür gibt es bereits zahlreiche: Stadtwerke stellen Energie, Abwasser und sogar Breitband bereit; Energie- bzw. Wärmegenossenschaften teilen sich Blockheizkraftwerke.

Allzu oft sieht die Realität jedoch noch ganz anders aus: Die Infrastruktur ist Profitinteressen unterstellt. Das ist umso erschreckender, als dass die komplette Umstellung auf digitale Verfahren in diesem Bereich die Infrastruktur wesentlich angreifbarer macht: Wasserversorgung ist plötzlich mit ein paar Mausklicks manipulierbar. Gerade deswegen darf Infrastruktur nicht in private Hände geraten. Sie ist schlicht zu wichtig.

8. Kultur und Bildung zugänglich machen

Eine der größten Veränderungen im Zuge der Digitalisierung ist die Öffnung des Zugangs zu Kultur und Bildung. Während Bücher, Kultur, Theater immer auch physisch gebunden und dadurch ausschließend waren, geben die technischen Veränderungen nun allen die Möglichkeit, an den kulturellen Errungenschaften der Menschheit teilzuhaben. Es findet eine Demokratisierung von Wissen statt, die für eine freie Gesellschaft unabdingbar ist. Der Kampf der Industrie gegen freie Kultur und Bildung ist ein Zeugnis dafür, mit welch harten Bandagen Profitinteressen verteidigt werden. Und dennoch ist Kultur auch Arbeit und muss entsprechend gut bezahlt werden. Die Kulturschaffenden müssen abgesichert sein, denn ihr Beitrag zur Gesellschaft ist genauso wichtig wie jede andere Arbeit.

Deswegen muss über faire Bezahlmodelle, wie beispielsweise eine Kulturfltrate, nachgedacht werden, die Existenzsicherung und Teilhabe ermöglichen. In Deutschland ist der Bildungsstand immer noch in hohem Maße von der sozio-ökonomischen Herkunft abhängig – diese Zukunftsblockade muss endlich durchbrochen werden. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir daher unabhängig vom Einkommen und sozialem Hintergrund ermöglichen.

Wissenschaftliche Ergebnisse und Erkenntnisse müssen außerdem der Gesellschaft allgemein zur Verfügung gestellt werden. Die Prinzipien dafür sind längst bekannt: Open Access, Open Source, Open Innovation. Öffentliche Subventionen sollten an die Veröffentlichung der Ergebnisse gebunden werden. Die neuen Medien ermöglichen eine bisher ungeahnte Chance der Bildung und Kultur für alle. Wir sollten sie endlich nutzen.

9. Zivilgesellschaft und effektive Justiz statt Geheimdienste und Überwachung

Mit der Digitalisierung haben auch Überwachung und Kontrolle neue Ausmaße angenommen. Geheimdienste und Staat übertreffen sich in ihrem Wunsch nach Überwachungsmaßnahmen. Die digitale Aufrüstung eskaliert und die Kontrolle der verantwortlichen Institutionen wird systematisch verhindert. Das zeigen sowohl der NSA- als auch der NSU-Skandal. Zugleich ist klar: Diese Sicherheitspolitik ist selbst gemessen an ihrem eigenen Anspruch gescheitert. Vor dem „Krieg gegen den Terror“ gab es weltweit nur wenige fundamentalistische islamistische Terroristen. Heute ist ihre Zahl aufgrund kontraproduktiver Strategien signifikant höher.

Zugleich haben Netzsperrern, V-Leute-Chaos und Kriminalisierung selbst zu massiven Grundrechtsverletzungen für viele Menschen geführt. Das zeigt: Es geht der Regierung nicht um unsere Sicherheit, sondern um die Interessen der Rüstungsindustrie und die Macht ihrer eigenen Sicherheitsapparate. Sie bekämpfen die

Angst nicht, sondern instrumentalisieren sie für ihre eigene Agenda.

Wir setzen eine andere Vorstellung von Sicherheit dagegen. Eine Sicherheit, die Freiheit für alle zum Ziel hat: Wir wollen eine Demokratisierung der Sicherheitsbehörden, keine Geheimdienste oder privaten Sicherheitsdienste. Bei Geheimdiensten steht im Zweifelsfall Quellenschutz für Informant*innen über der Gefahrenabwehr. Das haben der NSU-Skandal, aber auch der Fall Amri gezeigt. Der Kampf gegen Hasskriminalität, Hatespeech und autoritäre Ideologien ist aber vor allem eine Aufgabe der Zivilgesellschaft – sie wollen wir analog wie digital stärken. Die Internetcommunity braucht statt staatlicher Aufpasser*innen klare Ansprechpartner*innen und Verfahren bei den Anbietern, um menschenverachtende Äußerungen melden zu können. Menschenverachtenden Meinungen muss in erster Linie widersprochen werden. Die Verfolgung von Straftaten ist dabei Sache der Justiz, die Verteidigung menschlicher Werte jedoch allgemein auch Aufgabe eines demokratischen Diskurses. Strafrechtlich relevante Inhalte müssen von Gerichten verfolgt werden. Das erfordert eine bessere Ausbildung des Justizpersonals und die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften. Löschen und blocken sind individuell legitime Vorgehensweisen, dürfen aber kein gesellschaftlicher Ansatz sein – denn Menschenverachtung lässt sich nicht löschen.

Um der neuen Qualität von Menschenverachtung etwas entgegenzusetzen, braucht es daher neben konsequenter Strafverfolgung vor allem Zivilcourage und die Förderung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Überwachung und staatliche Zensur bzw. private Rechtsdurchsetzung können keine Lösung sein. Denn Menschenverachtung ist tief im heutigen Kapitalismus eingeschrieben: Das *Ich* wird immer mehr zur Ware. Die Menschen haben gelernt, sich und andere als Konkurrenten zu behandeln. Die Verrohung der Gesellschaft schlägt sich im Netz nieder, aber sie hat dort nicht begonnen. Menschen, die nicht funktionieren, werden schon lange nicht nur gesell-

schaftlich aussortiert, sondern auch beschimpft, beleidigt, abgewertet. Das setzt sich in den sozialen Medien nur konsequent fort. Digitale Freiheit für alle bedeutet daher auch ein Überwinden jener verrohten, analogen Verhältnisse, die nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende in den Mittelpunkt stellen.

Gleichzeitig muss die alltägliche Überwachung beschränkt werden und der Kampf gegen Vorratsdatenspeicherung, Staatstrojaner und Missbrauch von Sicherheitslücken durch Geheimdienste weitergehen. Transparenz bei den Datensammlungen muss hergestellt und die Sammelwut der Geheimdienste genauso gebrochen werden, wie die der Konzerne. Informationen, die durch Überwachung gesammelt werden, bedeuten nicht nur einen Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung, sondern auch eine unberechenbare Macht über diejenigen, deren Daten gesammelt wurden. Die Datenschutzgesetze in Deutschland sind grundsätzlich gut, scheitern jedoch oft daran, dass sie außerhalb Deutschlands kaum durchgesetzt werden können (auch mangels Interesse der Bundesregierung daran) – und, dass sich die deutschen Geheimdienste und selbst der Gesetzgeber fröhlich darüber hinwegsetzen. Viel zu oft musste das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz grundrechtsverletzende Überwachungsgesetze wieder kassieren. Unser Recht auf Schutz der Privatsphäre wurde in den letzten Jahren zunehmend erodiert, Missbrauch von Geheimdiensten nachträglich legalisiert.

Auch werden die technischen Errungenschaften derzeit für eine vernetzte, unüberwindliche „Grenzsicherung“ an den Gräben und Zäunen der Festung Europa genutzt: „Abschottung 4.0“. Der brutale Akt der europäischen Abschottung wird auf die Technik ausgelagert – Verantwortung verwischt und eine technokratische Dystopie wird zum Greifen nahe: Algorithmen entscheiden, wer die smarte Mauer überwinden darf und wer nicht.

Im Gesundheitsbereich droht ebenfalls eine beunruhigende Entwicklung: Krankenversicherungen denken immer stärker darüber nach,

ihre Tarife mittels bestimmter Algorithmen festzulegen, die Daten der versicherten Einzelpersonen auswerten. Konkret heißt das, dass eine „falsche“ also weniger profitable Lebensführung, definiert vom Versicherungsunternehmen, Auswirkungen auf die Tarife haben könnte.

Diese Entwicklungen kündigen ein Überwachungssystem an, das die Menschen wie niemals zuvor unter die Kapitalinteressen stellen und die bestehenden Verhältnisse mittels Maschinen verwalten und verfestigen würde. Literarische Dystopien wie *Corpus Delicti* von Juli Zeh und *The Circle* von Dave Eggers deuten an, in welche Richtung die Reise gehen kann. Aber auch hier gilt: So muss es nicht kommen. Wir haben eine Wahl.

10. Epilog: Die Zukunft erfinden. Linke Politik ist Innovationspolitik

Natürlich gäbe es zur Zukunft noch so viel mehr zu sagen, aber die Grundzüge sind klar: Insgesamt will eine linke digitale Agenda nicht die bloße Modernisierung bestehender Ungerechtigkeiten, also „dasselbe in digital“. Es geht um eine grundlegende Veränderung, um die emanzipatorischen Potentiale der Technik freizusetzen. Am Beispiel des 3D-Druckers lässt sich das gut zeigen: 3D-Druck ermöglicht eine dezentrale Produktion auf Basis digitaler Modelle. Solche Modelle gibt es vielfach mit einer offenen Lizenz, frei nutzbar für alle mit Zugang zum Internet. Die Drucker selbst sind im Vergleich zu klassischen Produktionsmitteln preiswert. Wie in einem Copyshop kann man schon jetzt bei speziellen Anbietern Dinge nach Wunsch drucken lassen. Die leichte Verfügbarkeit bietet eine große Chance zur Demokratisierung der Produktion durch die Demokratisierung des Eigentums an Produktionsmitteln. Der Fortschritt im 3D-Druck ist beeindruckend. Schon heute werden in verschiedenen Ländern nicht nur Werkzeuge, Ersatzteile, Fahrzeuge und alle Arten Gegenstände, sondern selbst Häuser gedruckt, deren Herstellung mittels 3D-Druck viel preiswerter und viel schneller ist.

Das Wohnungsproblem ließe sich lösen – vorausgesetzt, es besteht auch Zugang zu Grund und Boden, denn die Eigentumsfrage wird nicht durch eine Technologie gelöst. In ein paar Jahren können wir auch transplantierfähige Organe drucken, es müsste nie wieder eine Warteliste für Nieren oder Herzen geben – vorausgesetzt, teure Patente beschränken den Zugang von Patienten zu neuen Organen nicht nur auf Reiche. Diese Beispiele zeigen: Nur in Verbindung mit offenen Lizenzen, mit Zugang zu Material oder Raum kann der 3D-Druck sein enormes Potenzial auch erreichen. Und schon jetzt lässt sich konkret einiges schaffen:

Nicht nur beim 3D-Druck gilt, dass jeder Mensch, der eine selbst entwickelte Lösung eines generischen Problems allen anderen Menschen schenkt, verhindert, dass ein Konzern diese Lösung kommerzialisiert. Diese Lösung muss nur mit einer offenen Commons-Lizenz versehen werden und gut auffindbar sein.

Linke Innovationspolitik muss in diesem Sinne die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Technologien wie der 3D-Druck ihre großen Potenziale für das Gemeinwohl auch realisieren können und nicht durch kapitalistische Marktmechanismen künstlich beschränkt werden. Dazu gehört auch, die gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für frei nutzbare, gemeinwohlorientierte Innovationen auf Basis offener Standards.

Das skizziert unsere Perspektive insgesamt: Wir wollen die Monopolisierung geistigen Eigentums und das Anwachsen eines digitalen Prekariats umwandeln in einen freien Zugang von immer mehr Menschen zum wachsenden Wohlstand. Wir wollen die Drohung mit Ressourcenkonflikten transformieren in das Versprechen eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft und eine nachhaltige Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs. Und wir wollen aus den Instrumenten der Überwachung und Kontrolle eine Infrastruktur der demokratischen Beteiligung und Transparenz machen.

Eine linke digitale Agenda zielt deshalb darauf, im Bestehenden und mit Hilfe des technologischen Fortschritts die Strukturen einer neuen, kooperativen Form des Wirtschaftens, eine politische Ökonomie des Gemeinsamen auszubauen und einen Einstieg in den Ausstieg aus dem Kapitalismus zu schaffen. Wir wollen verhindern, dass künftig immer weniger gut bezahlte Erwerbstätige gegen eine wachsende Anzahl prekär Beschäftigter, Erwerbsloser und rechtloser Nutzer*innen ausgespielt wird. Wir wollen die neoliberale Version eines Plattformkapitalismus deinstallieren und ein neues Betriebssystem aufspielen. Mit anderen Worten: Wir wollen eine Ökonomie des Gemeinsamen, weil die Zeit dafür gekommen ist.